Dieter Langewiesche

Bürgerliche Adelskritik zwischen Aufklärung und Reichsgründung in Enzyklopädien und Lexika

I.

Die Fähigkeit des Adels, seine herausgehobene gesellschaftliche und politische Position auch gegen den bürokratischen Staat und die adelskritische „bürgerliche Gesellschaft“ des 19. Jahrhunderts in beträchtlichem Maße zu verteidigen, ist in der jüngeren Forschung zu Recht stark betont worden. Nicht aufgenommen wurde allerdings Arno J. Meyers exaltierte Deutung, erst zwischen 1914 und 1945 hätten sich die europäischen Gesellschaften in einem „neuen Dreißigjährigen Krieg“ „endgültig vom parasitären Joch der feudalen und aristokratischen Anmaßung“ befreit¹. Daß der europäische Adel im Kampf um seine Selbstbehauptung bemerkenswerten Erfolg hatte, scheint dagegen ein gemeinsamer Ausgangspunkt auch für die noch karge Forschung zur Geschichte des deutschen Adels im 19. Jahrhundert zu sein. Unter den jüngsten Studien sei nur erinnert an Rudolf Brauns² Überlegungen ums „Obenbleiben“ und an die Bestandsaufnahme von Volker Press³, an Hans-Ulrich Wehlers Charakterisierung der Herrschaftsordnung der ersten Jahrhunderthälfte als ein „monarchisch-adlig-bürokratisches Kondominat“⁴ und vor allem an Heinz Gollwitzers weitgespannte Beobachtungen zur Stabilität des „dynastischen Familienkartells“⁵. Erinnert sei aber auch an die jüngsten Studien zum europäischen Liberalismus. Diese „bürgerliche“ Bewe-

* Ohne die Hilfe Ute Planerts bei der Durchsicht der Enzyklopädien hätte ich diesen Beitrag nicht schreiben können. Herzlichen Dank! Viele Anregungen, die in diese Fassung eingegangen sind, erhielt ich auf dem Kolloquium. Für die kritische Lektüre danke ich insbesondere meinem Tübinger Kollegen Volker Press.

¹ Arno J. Mayer, *Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914* (München 1984; englisch 1981) 325.

² Rudolf Braun, *Konzeptionelle Bemerkungen zum Obenbleiben: Adel im 19. Jahrhundert*, in: *Europäischer Adel 1750–1950*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler (Göttingen 1990) 87–95.

³ Volker Press, *Adel im 19. Jahrhundert. Die Führungsschichten Alteuropas im bürgerlich-bürokratischen Zeitalter*, in: *Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780–1860*, hrsg. v. Armgard von Reden-Dobna und Ralph Melville (Stuttgart 1988) 1–19.

⁴ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49* (München 1987) 297.

⁵ Heinz Gollwitzer, Ludwig I. von Bayern. *Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie* (München 1986) 22 ff. – ein bedeutendes Werk, das in der Geschichtswissenschaft bislang nicht die verdiente Resonanz gefunden hat.

gung besaß ebenfalls Stützpunkte im Adel oder lebte gar von ihm, wie es in Ungarn, zum Teil auch in Spanien und Italien der Fall war⁶.

Die bürgerliche Adelskritik – so meine erste These – hat zur Selbstbehauptung des Adels beigetragen. In welchem Ausmaß läßt sich nicht quantifizieren – aber doch beigetragen. Wer die Gebrechen des zeitgenössischen Adels diskutierte, stellte direkt oder unausgesprochen zugleich Überlegungen an, welche Positionen der Adel behaupten könnte und was dazu nötig sei. Adelskritik barg also Vorschläge zur Adelsreform. Das war jedenfalls die Regel, soweit es die zahlreichen Lexika und Enzyklopädien erkennen lassen, die hier als Meinungsspiegel ihrer Epoche in den Mittelpunkt gerückt werden⁷. Sie bilanzierten nicht nur den ‚Zeitgeist‘, sie versuchten auch, ihn zu prägen und in die gewünschte Richtung zu lenken. Ob sie allerdings ein getreues Abbild der gesamten Diskussion bieten, die in den verschiedensten Bereichen der Öffentlichkeit geführt wurde, wäre erst noch zu prüfen. Neben der breiten Publizistik mußten vor allem die Landtagsdebatten untersucht werden, in denen es um den Abbau überkommener Rechte ging, die dem Gleichheitsprinzip des neuen Staatsbürgerideals wie auch dem staatlichen Willen zum nivellierten Untertanenverband entgegenstanden. Die Debatten um Agrarreformen wären ein lohnendes Untersuchungsobjekt, aber auch die Meinungskämpfe in Residenzstädten um die Rangordnung in der lokalen Gesellschaftshierarchie. Zu bedenken ist auch, daß in den Lexika und Enzyklopädien das staatsnahe Bildungsbürgertum den Ton angibt. In ihnen sprechen die bildungsbürgerlichen Wortführer des Liberalismus⁸, nicht seine wirtschaftsbürgerlichen Teile und seine kleinbürgerliche Basis⁹.

Soweit es die Enzyklopädien und Lexika erkennen lassen, fand kompromißlose Kritik, die dem Adel jede Zukunftsberechtigung bestritt, in Deutschland wenig Anklang. „Der Fürstenmantel [... als] der Teppich, auf dem sich die Herren und Damen vom Adel und Hof in ihrer Geilheit übereinanderwälzen“ – dieses Sittenbild, das der Hessische Landbote 1834 von den Fürstenstaaten der Gegenwart malte und mit der chiliastischen Erwartung vom baldigen Ende dieses „Reich[es] der Finsternis“ verband¹⁰,

⁶ Vgl. vor allem die Aufsätze von *Christof Dipper*, *Harm-Hinrich Brandt*, *Rudolph Muhs*, *Marco Meriggi*, *Joaquín Abellán*, *András Gergely*, *István Diószegi* und *Dietrich Beyrau* in: *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 79), hrsg. v. *Dieter Langewiesche* (Göttingen 1988). S. auch *Petrus Müller*, *Liberalismus in Nürnberg 1800–1871: Eine Fallstudie zur Ideen- und Sozialgeschichte des Liberalismus in Deutschland im 19. Jahrhundert* (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 45, Nürnberg 1990) 338–342.

⁷ Vgl. insbes. den von *Werner Conze* verfaßten Teil des Artikels „Adel“ in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, hrsg. v. *Otto Brunner*, *W. Conze* und *Reinhard Koselleck* (Stuttgart 1972) 1–48.

⁸ Vgl. *Dieter Langewiesche*, *Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert*, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Band IV, hrsg. v. *Jürgen Kocka* (Stuttgart 1989) 95–121.

⁹ Vgl. zur Sozialstruktur des Frühliberalismus die Bestandsaufnahme bei *Dieter Langewiesche*, *Liberalismus in Deutschland* (Frankfurt a.M. 1988) sowie mit der gesamten neueren Literatur *ders.*, *Frühliberalismus und Bürgertum* (erscheint in einem von *Lothar Gall* hrsg. Sonderheft zur Entwicklung der deutschen Liberalismusforschung).

¹⁰ *Georg Büchner*, *Gesammelte Werke. Erstdrucke und Erstausgaben in Faksimiles*, hrsg. v. *Thomas Michael Mayer*, Bd. 2: *Der hessische Landbote*, November 1834 (Frankfurt a.M. 1987) 4f.

es kennzeichnet nur den äußersten, schmalen radikalen Rand der Adelskritik. Er bleibt hier außer Betracht. Ob man ihn noch als „bürgerlich“ charakterisieren kann, ist zu bezweifeln, denn diese Kritik zielte auf eine Gesellschaftsordnung, die über das hinausging, was die Zeitgenossen unter „bürgerlicher Gesellschaft“ verstanden¹¹.

Bürgerliche Adelskritik meinte äußerstenfalls die Vernichtung des Adels als politisch bevorrechteter Stand. Das zu tun, beabsichtigte auch die Reichsverfassung von 1849¹². Sie markiert einen Extrempol bürgerlicher Adelsreform: Aufhebung aller auf Geburt und Herkunft begründeter politischer Sonderrechte des Adels und dessen Einschmelzung in eine „bürgerliche Gesellschaft“, die keine Geburtsstände mehr haben soll, wohl aber Funktionseliten.

Damit ist meine zweite These angesprochen: vom Herrschaftsstand zur Elite. Bürgerliche Adelskritik wollte den alteuropäischen Herrschaftsstand Adel in eine moderne Elite überführen, die für jeden, der sich durch Leistung legitimierte, offen sein sollte. Auf diesen gemeinsamen Nenner lassen sich alle durchgesehenen Schriften bringen. Innerhalb dieser Gemeinsamkeit gibt es jedoch eine große Spannweite von Vorschlägen. Sie reichen vom gänzlichen Verlust aller ererbten adligen Standesrechte bis zur Adelsreform, die nach Möglichkeiten sucht, die historisch beglaubigte Überlebenskraft des Adels in nachfeudaler Zeit anzuerkennen, ihn jedoch so umzuformen, daß er in der modernen Staatsbürgergesellschaft keinen Fremdkörper mehr bilden würde.

Diese beiden Eckpole bürgerlicher Adelskritik traten parallel auf. Es gab keine eindeutige Entwicklungslinie, die im zeitlichen Verlauf von dem einen zum anderen Extrem geführt hätte. Wohl aber scheint man von einer Art Wellenlinie sprechen zu können, die je zwei Gipfelpunkte dieser beiden Extremformen der Adelskritik erkennen läßt. Die Forderung, den Adel in die „bürgerliche Gesellschaft“ einzuschmelzen, dominierte in der Spätaufklärung sowie in der Revolution von 1848/49 und ihrem Vorfeld – mit einem charakteristischen Unterschied allerdings: Die Aufklärer debattierten und entwarfen Zukunftsvisionen, die Reformer der Revolutionszeit handelten. Um in der Gunst der revolutionären Stunde neue, zukunfts offene politische Institutionen durchsetzen zu können, paktierten sie zwar mit dem Bestehenden, aber sie schritten doch zur politischen Tat. Dieser Unterschied – Möglichkeit zur Reformtat oder Beschränkung auf das reformfordernde Wort – dürfte ein Hauptgrund sein, warum die bürgerliche Adelskritik in der Aufklärung erheblich radikaler auftrat¹³ als im 19. Jahrhundert, das auch schon vor 1848 eine Vielzahl von begrenzten Reformmöglichkeiten geboten hatte. In der Revolution versuchten die Reformer dann in einem einzigen Schritt zu vollziehen, was seit der Aufklärung vorgedacht worden war.

¹¹ Vgl. dazu *Lothar Gall*, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, u.a. in: *Liberalismus*, hrsg. v. *dem.* (Köln 1976) 162–186 sowie *Manfred Riedel*, Bürger, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, 672–725.

¹² Vgl. neben dem Beitrag von *Wolfram Siemann* in diesem Band insbesondere auch *Jörg-Detlef Kühne*, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben (Frankfurt a.M. 1985) 290–304. Vgl. auch die Einschätzung der Reichsverfassung im Artikel „Adel“, in: *Encyclopädisches Wörterbuch der Wissenschaften, Künste und Gewerbe*, hrsg. v. *H. A. Pierer*, Suppl. 2, 1. und 2. Aufl., Bd. 1 (Altenburg 1851) 20.

¹³ Vgl. den Beitrag von *Horst Möller* in diesem Band.

Diesen beiden Extrempolen bürgerlicher Adelskritik folgten mit der nach-napoleonischen und der nach-revolutionären Ära zwei Phasen, in denen die Hoffnung auf eine Adelsreform vorherrschte, die auf eine neue Grundlage stellte, was sich historisch behauptet hatte. Dies gilt zumindest für jenen Teil bürgerlicher Adelskritik, der auf dem literarischen Meinungsmarkt ausgetragen wurde.

Mit Immanuel Kant und Hermann Baumgarten können auf diesem Markt die Eckpole personifiziert werden, zwischen denen sich die Wellenbewegungen vollzogen. Kant definierte den Erbadel als eine bloß „temporäre, vom Staat autorisierte Zunftgenossenschaft“, die „den Zeitumständen“ und „dem allgemeinen Menschenrechte, das so lange suspendiert war“, weichen müsse¹⁴. Baumgarten anerkannte hingegen 1866 in seiner Selbstkritik des Liberalismus die Selbstbehauptung des Adels als einer politischen Führungsschicht, auf die auch ein deutscher Nationalstaat, verfaßt als konstitutionelle Monarchie, nicht verzichten könne. Selbst er hatte jedoch eine „wahre“ oder „wirkliche Aristokratie“ vor Augen – einen reformierten Adel also, der sich abheben müsse vom „kümmerlichen Junkertum“ der Gegenwart¹⁵.

II.

Nach dieser ersten knappen Gesamtbilanz soll nun die bürgerliche Adelskritik in ihren Motiven und Zielen genauer vorgestellt werden. Allerdings wird sie nicht in ihrer gesamten Spannweite ausgeleuchtet. Die Adelsdebatte wird hier daraufhin befragt, wie sie zu den Fundamenten stand, auf denen die gesellschaftliche, rechtliche und politische Stellung des alteuropäischen Adels in seiner deutschen Ausprägung bis zum Ende des Alten Reiches beruhte. Wie beurteilten die bürgerlichen Kritiker diese Grundlagen, welche hielten sie für reformierbar, welche lehnten sie strikt ab? Zunächst ist aber zu klären: Welche Grundlagen waren es, auf denen die Stellung des Adels traditionell gründete und die nun von seinen bürgerlichen Kritikern in Frage gestellt wurden¹⁶? Dieser schwierigen Aufgabe, eine knappe, scharf konturierte Entwicklungsbilanz des Adels in alteuropäischer Zeit vorzulegen, haben sich jüngst Gerhard Dilcher und Otto Gerhard Oexle unterzogen¹⁷. Sie wählten unterschiedliche Zugangsweisen – Oexle eine mentalitätsgeschichtliche, Dilcher eine verfassungsgeschichtlich-typologische –, kommen aber zu vergleichbaren Ergebnissen, jedenfalls mit Blick auf unsere Fragestellung. Die Stellung des Adels gründete auf sechs

¹⁴ Immanuel Kant, *Metaphysik der Sitten*, in: *Gesammelte Schriften* 6 (Berlin/Leipzig 1907) 370.

¹⁵ Hermann Baumgarten, *Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik*, hrsg. v. Adolf M. Birke (Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1974), Zitate 149 f., vgl. 45, 146 ff.

¹⁶ Auf die vormodernen Adelskritiker vor allem aus den Kirchen und den Klöstern geht Oexle (wie Anm. 17) ein. In dieser Kritik ist vieles vorgezeichnet, was die bürgerlichen Kritiker vorbringen. Diese Kontinuitätslinien können hier nicht verfolgt werden. Es ist aber zu beachten, daß die bürgerliche Adelskritik in einer Tradition steht, die sie selber nicht thematisiert.

¹⁷ Gerhard Dilcher, *Der alteuropäische Adel – ein verfassungsgeschichtlicher Typus?* in: *Webler* (wie Anm. 2) 57–86; Otto Gerhard Oexle, *Aspekte der Geschichte des Adels im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit*, in: ebd. 19–56.

Säulen¹⁸: erstens auf „Haus“ und „Geschlecht“, zweitens auf seiner Position als Stand, drittens auf Herrschaft über Land und Leute, viertens auf der Teilhabe an der zentralen Herrschaft, fünftens auf seiner Stellung innerhalb der Kirche, und sechstens, mit den anderen Bereichen dicht verwoben, diese mit Werthaltungen imprägnierend, beruhte Adel auf einer bestimmten Mentalität.

Wie beurteilte die bürgerliche Adelskritik diese Grundlagen, von denen die Adelswelt und ihr Ort in der Gesellschaft bestimmt waren? Bei allen Unterschieden im einzelnen zielte die bürgerliche Kritik prinzipiell auf den Nachweis, daß diese Fundamente adligen Lebens und Selbstverständnisses historisch gewachsen und von der Geschichte selber wieder zerstört worden seien. Aus der Zeit des Feudalismus – ein durchgehend negativ besetzter Begriff¹⁹ – habe das „stille Werk der Geschichte“²⁰ zwar noch einige Relikte übrig gelassen, doch – so brachte ein Konversationslexikon 1840 den bürgerlich-liberalen Evolutionsoptimismus auf den Punkt – „jede Bemühung, die noch stehenden Trümmer solcher feudalistischen Rechte aufrecht zu erhalten, ist ein ohnmächtiger Schwimmversuch gegen den Strom der Zeit“²¹. Dann machte dieses „Conversations-Lexikon für die gebildeten Stände“ jedoch einen Zusatz, dessen Reformperspektive für den größten Teil der bürgerlichen Adelskritik charakteristisch gewesen sein dürfte: „Allein damit soll der Stab über den Adel nicht gebrochen seyn; auch *die* Meinung hat etwas für sich, daß das Institut des Adels eine Seite darbiete, von welcher sich dasselbe bei einigen Modificationen der jetzt bestehenden Verhältnisse recht gut mit dem Geiste der Gegenwart aussöhnen und vereinigen läßt.“ Diese Reformseite sei das große Vermögen des Adels an Grund und Boden, das sicheren Erwerb und damit die Voraussetzung für eine verfeinerte „geistige Ausbildung“ und für „Unabhängigkeit von der Regierung“ biete. Der große Grundbesitz also, so lautete die Botschaft dieses Lexikons, könne den Adel zu einem nützlichen Teil des Staates machen und rechtfertige es, daß ihm auch die neuen „constitutionellen Verfassungen“ „das Recht der Landstandschaft eingeräumt“ haben. Voraussetzung für diese verfassungspolitische Sonderstellung sei aber, daß erstens der deutsche Adel sich nach dem Vorbild des englischen in einen „Majoratsadel“ umforme, um seinen Besitz zu sichern, und zweitens zum „Geburtsadel“ der „Seelenadel“ trete, der sich dadurch auszeichne, daß er nach „Bildung, vorurtheilsfreier Einsicht, Freimüthigkeit und patriotischem Verdienste“ strebe²². Kurz – dieses Lexikon hielt dem Geburtsadel einen Spiegel vor, in dem er sich als Bürger mit Besitz und Bildung wiedererkennen sollte.

¹⁸ Dilcher nennt vier Bereiche. In der folgenden Zusammenstellung sind es die Punkte eins und drei bis fünf. Oexle geht ebenfalls von vier Schwerpunkten adliger Existenz aus: Punkte eins, zwei, vier und sechs; hinzu komme die „Dialektik von Adelslegitimation und Adelskritik“ (21).

¹⁹ Die meisten der hier zitierten Lexika und Enzyklopädien enthalten Artikel ‚Feudalismus‘ oder ‚feudal‘. Sehr knapp dazu *Otto Brunner*, *Feudalismus*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe* 2 (Stuttgart 1975) 337–350, insbes. 343–345.

²⁰ *Johann Caspar Bluntschli*, *Adel*, in: *Deutsches Staats-Wörterbuch*, hrsg. v. *J.C. Bluntschli* und *Carl Brater*, Bd. 1 (Stuttgart/ Leipzig 1857) 29–46, 38; im folgenden zitiert: DSW.

²¹ *Adel*, in: *Meyer's Conversations-Lexikon*. *Das große Conversations-Lexikon für die gebildeten Stände*. Abt. 1, Bd. 1 (Hilburghausen 1840) 320–328, 328.

²² Ebd. 328f.; Hervorhebungen in Zitaten sind stets der Quelle entnommen.

Genau das ist ein durchgehender Grundzug reformorientierter bürgerlicher Adelskritik: Der Adel darf in der Verfassungsordnung eine herausgehobene Position behaupten, aber er soll dafür mit einer Verbürgerlichung seiner Wertordnung, seiner Mentalität zahlen. Von den sechs Säulen des alteuropäischen Adels wäre nur noch eine verfassungsrechtlich klar begrenzte politische Sonderrolle und der Besitz übriggeblieben – allerdings durch Majorat und Fideikommiß gesichert und damit über den bürgerlichen Besitz hinausgehoben. Beides zusammen, die verfassungspolitische Erhöhung und der dem freien Markt entzogene unteilbare Besitz, läßt sich verstehen als ein letzter Anklang an zwei alteuropäische Grundlagen adligen Lebens: die besonderen Beziehungen zwischen Königtum und Adel, die ihn an der zentralen Herrschaft teilhaben ließen, und die fundamentale Bedeutung von „Haus“ und „Geschlecht“. Alle anderen Grundlagen des alten Adels sollten dem modernen Staat und der modernen Staatsbürgergesellschaft geopfert werden. Nicht zuletzt seine Mentalität. Der „Seelenadel“²³, der „Verdienst- und Tugendadel“²⁴, den die Lexika dem Geburtsadel abverlangten, entpuppt sich als das Idealbild vom gebildeten Bürger. Wer den bürgerlichen Tugendkatalog seit der Aufklärung rekonstruieren will, muß auch zur Kenntnis nehmen, was Bürger über den Adel schrieben. Den Adel in seiner Mentalität zum Bürger zu modellieren, war eine vorrangige Stoßrichtung der bürgerlichen Adelskritik. Darin äußerte sich bürgerliches Selbstbewußtsein. Man war durchdrungen von der Überzeugung, das „stille Werk der Geschichte“, den Fortschritt, auf seiner Seite zu haben. Aber diese Strategie hatte auch eine Kehrseite – die politische Tatschwäche des deutschen Bürgertums. Es umhüllte die fortdauernde und im Laufe des 19. Jahrhunderts teilweise sogar wiederbelebte verfassungspolitische Sonderstellung des Adels mit Interpretationen, die diese Sonderstellung entschärfen oder sie auch für Bürger öffnen sollten. Daß dies selbst in den Augen liberaler, auf behutsame Reform gestimmter Bürger nur als der zweitbeste Weg zur staatsbürgerlichen Domestizierung des Adels galt, lehrt die Reichsverfassung von 1849. Mit ihr wollten die Liberalen beseitigen, was sie an feudalständischen Adelsrechten noch wahrnahmen. Diese Zäsur einer grundlegenden verfassungsrechtlichen Neuordnung hätten sie gegenüber dem stillen Mentalitätswandel und einer langfristigen Einbürgerung des Adels bevorzugt. Solange der verfassungsrechtliche Einschnitt politisch jedoch nicht zu erreichen war, setzten sie auf die Verbürgerlichung des Geburtsadels zum adligen Bürgertum. Auf welchem Teil der adlig-bürgerlichen Elitensymbiose das Schwergewicht liegen sollte, ob ein Adelsbürgertum oder ein Bürgeradel daraus hervorgehen sollte, wurde unterschiedlich gesehen. Wie diese Symbiose begründet wurde, wie sie gewichtet sein sollte und welche Spannweite der Erwartungen es gab, lassen beispielhaft die Adelsartikel der beiden repräsentativen bürgerlich-liberalen Lexika im vor-nationalstaatlichen Deutschland des 19. Jahrhunderts erkennen – das „Staats-Lexikon“ Rottecks und Welckers von 1834

²³ Ebd.

²⁴ *Carl Theodor Welcker*, Adel, in: *Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften*, hrsg. v. *Carl von Rotteck* und *C.Th. Welcker*, Bd. 1 (Altona [1834]) 257–354, 334; im folgenden zitiert: SL. Welcker hat auch den Artikel „Adels- und Ahnen-, Filiations- und Ritter-Probe, Ahnen und Adelsmatrikel“ verfaßt (ebd. 354–356).

und das „Deutsche Staats-Wörterbuch“ von Bluntschli und Brater aus dem Jahre 1857²⁵.

Die bürgerliche Adelskritik der Konversationslexika des 19. Jahrhunderts argumentierte zwar auch systematisch, indem sie den Adel in ihre Definition von „bürgerlicher Gesellschaft“ einzubauen versuchte. Doch charakteristisch ist, daß die systematische staatsrechtliche und gesellschaftstheoretische Verortung des Adels hinter der historischen Einordnung zurücktrat. Der Meinungskampf zwischen Bürgertum und Adel um den Vorrang in der Staatsbürgergesellschaft der Gegenwart wurde vorrangig als Geschichtskampf ausgetragen. In ihm erhielt die Frage, ob es eine adelsfreie Frühgeschichte der Germanen oder auch der Menschheit insgesamt gegeben habe, eine aktuelle Bedeutung²⁶. Geschichtsdeutung gerann zum Gegenwartsbild und zur Zukunftserwartung.

²⁵ Vgl. Anm. 24 und 20. Diese umfangreichen Artikel gehen detailliert auf die historische Entwicklung des Adels nach Ländern, mit Schwerpunkt auf den deutschen Adel, ein. Auch die Abstufungen innerhalb des Adels werden differenziert dargestellt. Das bleibt hier außer Betracht. Der Artikel „Adel“ im DSW (Bd. 1, 29–64) wurde von *Johann Caspar Bluntschli* (Abschnitte: Natürlicher Begriff des Adels, 29–33; Geschichte des Adels, 33–46; Reform des deutschen Adels, 58–64) und *Carl Brater* (Abschnitt: Rechtszustand des Adels, 46–58) verfaßt. Zum DSW vgl. *Monika Hildegard Faßbender-Ilge*, Liberalismus, Wissenschaft, Realpolitik. Untersuchung des „Deutschen Staats-Wörterbuchs“ von Johann Caspar Bluntschli und Karl Brater als Beitrag zur Liberalismusgeschichte zwischen 48er Revolution und Reichsgründung (Frankfurt a.M. 1981); zu Welcker (und zum SL) vgl. nun (mit der umfangreichen Literatur) *Rainer Schöbtle*, Politische Theorien des süddeutschen Liberalismus im Vormärz. Studien zu Rotteck, Welcker, Pfizer, Murhard (phil. Diss. Hamburg 1992).

²⁶ Herangezogen wurden neben DSW und SL die Artikel „Adel“ (und andere einschlägige Stichworte, u.a. „Absolutismus“, „Aristokratie“, „Bürger“, „Ebenbürtigkeit“, „Feudalismus“, „Fürst“, „Hof“, „Kasten“, „Landstände“, „Mittelstand“, „Monarchie“, „Republik“, „Ritterschaft“, „Stand“, „Standesherrn“, „Verfassung“) in folgenden Werken: Oekonomische Encyclopädie oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus- und Landwirthschaft und der Kunstgeschichte, hrsg. v. *Johann Georg Krunitz*, Bd. 10 (Berlin 1785) 45–61 (Edel; Edelman); Auszug aus des *Johann Georg Krunitz* ökonomisch-technologischer Encyclopädie, Bd. 3 (Berlin 1787) 14–16 (Edel; Edelman); Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste, hrsg. v. *Johann Samuel Ersch* und *Johann Gottfried Gruber*, 1. Sect., 1. Theil (Leipzig 1818) 379–394; Conversations-Lexicon oder encyclopädisches Handwörterbuch für gebildete Stände, Bd. 1 (Leipzig/Altenburg 1814) 50–53; Supplemente zum Conversations-Lexicon für die Besitzer der 1., 2., 3. und 4. Aufl. Enthaltend die wichtigsten neuen Artikel und Verbesserungen der 5. Aufl., Bd. 1 (Leipzig 1819) 15–20; Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände (Conversations-Lexicon), Bd. 1 (Leipzig 1822) 55–61 [nicht völlig identisch mit dem zuvor genannten Titel]; Conversations-Lexicon. Neue Folge, Bd. 1, 1. Abt. (Leipzig 1822) 19–27; Meyer's Conversations-Lexicon (1840) (wie Anm. 21); Encyclopädisches Wörterbuch (wie Anm. 12), Suppl. Bd. 1 (Altenburg 1841) 41; Volksthümliches Handbuch der Staatswissenschaften und Politik. Ein Staatslexicon für das Volk, hrsg. v. *Robert Blum*, Bd. 1 (Leipzig 1848) 33–37 (verfaßt vom Hrsg.); Allgemeine Realencyclopädie oder Conversationslexikon für das katholische Deutschland, hrsg. v. *Wilhelm Binder*, Bd. 1 (Regensburg 1846) 121–131; Herders Conversations-Lexikon, Bd. 1 (Freiburg 1854) 37–38; vgl. auch die enzyklopädisch angelegten Artikel in: *Johann Heinrich Zedler*, Grosses vollständiges Universal-Lexicon, Bd. 1 (Leipzig/Halle 1732) 467–474, vor allem: Suppl. 1 (1751) 453–491; ohne Wertungen: Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk, Bd. 1 (Leipzig 1837) 22–23; Encyclopädisches Wörterbuch (wie Anm. 12), Bd. 1 (Altenburg 1824) 119. Für das späte 18. Jahrhundert bietet eine Fülle von Quellenbelegen *Johanna Schulte*, Die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum in den deutschen Zeitschriften der letzten

Welcker konstruierte der „bürgerlichen Gesellschaft“ der Zukunft eine uralte germanische Vergangenheit²⁷. In ihr habe die „Vollfreiheit oder das Vollbürgerthum“ den „höchste[n] allgemeine[n] altdeutsche[n] Stand“ gebildet. „Diese altdeutschen Freiheitsrechte, dieser allgemein altdeutsche Uradel“²⁸ seien dann durch die „Faustrechtsmänner“²⁹ zu einem abgehobenen Adelsstand verengt worden. Und nun gelte es zurückzukehren zu dem, „worin wir einst voran standen, in wahrer Männer-, in politischer Freiheit, dem heiligen Stammgut germanischen Geschlechts, dieser Grundlage und Bedingung seiner Ehre und Cultur“³⁰.

Bluntschli argumentierte historisch differenzierter. Er anerkannte Anfänge eines Adels schon bei den Germanen, bemühte sich aber vor allem, die Grundlagen des Adels im Mittelalter zu verorten. Hier kam er im Grunde zu den gleichen Ergebnissen wie jüngst Dilcher und Oexle³¹. Ins Zentrum rückte er den Adel als „politischen Stand“. Seine „große sozial-politische Macht, zu welcher die staatsrechtlich-politische hinzu kam“, habe zu einer einzigartigen „politischen Machtstellung“ geführt, in der „der Adel erst zur vollen Entfaltung seines Wesens“ gekommen sei³². Bluntschli band also den deutschen Adel an das Mittelalter, um ihn so dem Verfall preisgeben zu können. Denn mit dem Mittelalter sei auch „die mittelalterliche Adelsinstitution in unaufhaltsame Abnahme und Auflösung“³³ geraten. Was in Frankreich die Revolution beseitigte, vernichteten in Deutschland die landesherrlichen Reformen. Nur der englische Adel „blieb eine Realität“, da er mit der „Nation“ „verwachsen“ sei und sich den „übrigen Ständen“ geöffnet habe³⁴.

Der Entgrenzung eines altgermanischen Adels zum allgemeinen „Vollbürgerthum“ durch Welcker und der historischen Einhegung des deutschen Adels ins Mittelalter durch Bluntschli stellte Herrmann Wagener in seinem konservativ-preußischen Gegenstück den beiden bürgerlich-liberalen Enzyklopädien eine eigene „genetische Definition von Adel“ gegenüber. Er wollte „auf *historischem* Wege zu einer Adelstheorie“³⁵ gelangen, die adelskritische liberale Geschichtskonstruktionen widerlegen und selber

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

drei Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts (1773–1806) (Historische Studien 163, Berlin 1925), insbes. 98 ff., 159 ff.

²⁷ Diese Deutung behielt er auch in der letzten Auflage des SL bei: Adel, in: SL Bd. 1 (Leipzig 1856) 173–277, 187 ff., vgl. insbes. seine Diskussion der Werke von Georg Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 1–2 (Kiel 1844/1847) und Konrad Maurer, Über das Wesen des ältesten Adels der deutschen Stämme (München 1846), ebd. 228 ff.

²⁸ Welcker, (wie Anm. 24), 312.

²⁹ Ebd. 339.

³⁰ Ebd. 341. Vgl. zum Mittelalterbild des Bürgertums im 19. Jahrhundert und zum Realitätsgehalt dieser Vorstellungen Klaus Schreiner, Iura et libertates. Wahrnehmungsformen und Ausprägungen „bürgerlicher Freyheiten“ in Städten des Hohen und Späten Mittelalters, in: Hans-Jürgen Puble (Hrsg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit (Göttingen 1991) 59–106.

³¹ Vgl. Anm. 17.

³² Bluntschli, (wie Anm. 25), 36.

³³ Ebd. 40.

³⁴ Ebd. 43.

³⁵ Staats- und Gesellschafts-Lexikon, hrsg. v. Herrmann Wagener, Bd. 1 (Berlin 1859) 321–385, 323.

wissenschaftlicher Kritik standhalten könne. Die liberalen Bilanzen modernen Wissens und ‚aufgeklärter‘ Weltbilder suchten sich ihrerseits gegen eine Korrektur durch die künftige Geschichtsforschung abzusichern, indem sie den Entwicklungsbruch im Umkreis der Französischen Revolution und der napoleonischen Ära als einen Fortschrittssprung bezeichneten, hinter den es kein Zurück mehr geben könne. „Unser ganzer Adel“, meinte Welcker, „hat mit der Zerstörung des Feudalismus, des doppelten Socialcontracts und der feudalen Schutzherrlichkeit und Hintersässigkeit, also vorzüglich seit der französischen Revolution, seine früheren Grundlagen verloren.“³⁶

Bluntschli sah es genauso. Er hob aber nicht die Französische Revolution hervor, sondern die von den deutschen Landesherren durchgesetzte Reform-Revolution in Gestalt von Säkularisierung und Mediatisierung – „Revolution als Reform“ nannte er diese Eingriffe³⁷. Man könnte versucht sein, darin bereits einen Verweis auf Bismarcks „Revolution von oben“³⁸ und die nationalliberale Kompromißpolitik der Reichsgründungsära zu sehen. Doch das wäre verfehlt. Die reformerische bürgerliche Adelskritik seit der Spätaufklärung – der begrenzte und kleiner werdende Kreis der entschiedenen Republikaner bleibt auch hier außer Betracht³⁹ – war auf den Adel ohne Staat, nicht auf die regierenden Fürsten gemünzt⁴⁰. Bürgerliche Adelskritik bedeutete in der Regel keine Monarchiekritik. Diese Milde scheint man aber den zahllosen kleinen Herrschaften, die von der Mediatisierungs- und Säkularisierungswelle ausgelöscht wurden, nicht entgegengebracht zu haben. Gerade sie galten als Stätten des „Pomps“ und der „Vergeudung“ – ein Vorwurf, von dem der adelskritische „Hof“-Artikel des „Staats-Lexikons“ nicht einmal den „kleinen Hof zu Weimar“ aussparte. Die dortige „merkwürdige Versammlung der größten Geister der deutschen Nation“ sei in ihrer „besonderen socialen Stellung“ so isoliert vom „Völkerleben“ gewesen, daß letztlich wohl doch keine „Vorteile für die geistige Gesamtproduction“ entstanden seien. Zudem habe sie als Geschöpf der „vorrevolutionären Periode“ die „französische Umwälzung“ nicht dauerhaft überleben können⁴¹.

Sieht man einmal von dem Problem der kleinen Herrschaften ab, die mit dem Al-

³⁶ SL 350 (wie Anm. 24).

³⁷ DSW 41–42 (wie Anm. 25).

³⁸ Zu den Deutungsvarianten dieses Begriffs zuletzt *Dieter Langewiesche*, „Revolution von oben?“ Krieg und Nationalstaatsgründung in Deutschland, in: *Revolution und Krieg. Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert*, hrsg. v. *dem.* (Paderborn 1989) 117–133.

³⁹ Vgl. dazu nun die Aufsatzsammlung von *Jörn Garber*, Spätabolutismus und bürgerliche Gesellschaft. Studien zur deutschen Staats- und Gesellschaftstheorie im Übergang zur Moderne (Frankfurt a. M. 1992); nützliche Quellensammlungen: *ders.* (Hrsg.), *Revolutionäre Vernunft. Texte zur jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland 1789–1810* (Kronberg 1974); *Zwi Batscha* und *Jörn Garber* (Hrsg.), *Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Politisch-soziale Theorien im Deutschland der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts* (Frankfurt a. M. 1981). Eine informative biographische Arbeit, die die gleitenden Übergänge zwischen revolutionären Republikanern und Reformern zeigt: *Monika Neugebauer-Wölk*, *Revolution und Constitution. Die Brüder Cotta. Eine biographische Studie zum Zeitalter der Französischen Revolution und des Vormärz* (Berlin 1989).

⁴⁰ Vgl. die Belege bei *Schulte*, (wie Anm. 26), 9 ff.

⁴¹ [*Wilhelm Schulz*], Hof; Hofstaat; Hofämter; Hofnarr; Hofgericht; Hofkammer, in: SL Bd. 8 (Altona 1839) 27–61, Zitate 27, 59–61.

ten Reich untergingen, sollte die Fürstenherrschaft verfassungsrechtlich gezähmt, nicht beseitigt werden⁴². Einer reformierten Fürstenherrschaft boten sich die bürgerlichen Adelskritiker als Bündnispartner an, indem sie die gemeinsamen Interessen hervorhoben – historisch, tagespolitisch und zukunfts zugewandt. „Der Adel wollte den mittelalterlichen Staat so lange als möglich festhalten, der Bürgerstand mit dem Fürsten strebte dem modernen Staate zu.“⁴³ Diese Sicht Bluntschlis teilte auch Karl Brater. Er sah gegen die „ausgedehnten Standesrechte, die der niedere Adel in Deutschland“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch besessen hatte, eine durchgehende Frontlinie vom „aufgeklärten Absolutismus“ der bayerischen und dem „liberal-konservativen Geist“ der preußischen Reformer bis zum „Radikalismus“ von 1848/49 verlaufen – „alle haben an der Aufgabe gearbeitet, den Adel seiner Privilegien zu entkleiden und dem dritten Stande staatsrechtlich gleichzumachen“⁴⁴. Im Kampf gegen den Adel erblickte er also die Revolutionäre von 1848 an der Seite des Reformabsolutismus.

Ähnlich argumentierte das rheinische Wirtschaftsbürgertum, als es sich seit den 1820er Jahren gegen die Maßnahmen zur Adelsrestauration in Preußen wandte. Sein Ideal einer auf Besitz gegründeten Notabelngesellschaft⁴⁵ als Fundament „der aufrichtig konstitutionellen Staaten“, wie David Hansemann sein Wunschbild einer reformierten Monarchie nannte⁴⁶, zielte auf eine Verbürgerlichung des Adels, der wie alle Untertanen nach seinem Vermögen „zu den Staatslasten beitragen“ müsse. Die Stellung des entfeudalisierten Adels sollte auf Besitz, nicht auf erbten Rechten gründen und deshalb mit dem Besitzbürgertum gewissermaßen auf gleichem Rechtsfuß stehen. Mit dem Monarchen gegen jenen Teil des Adels, der sich nicht von seinen Feudalrechten trennen wollte – diese adelskritische, aber monarchietreue Haltung nahm Hansemann ein. Die „führenden Repräsentanten der rheinischen Bourgeoisie“ wollten „Machtteilhabe“ durch „Verständigung mit der herrschenden Elite“. Den ostelbischen Junkern haben sie, „im Gegensatz zum schwachen rheinischen Adel, nie ihre ökonomische Relevanz und ihre politische Herrschaftsberechtigung abgesprochen. Der Adel sollte nicht abgeschafft, sondern gleichberechtigter Teil einer auf Gleichwer-

⁴² Vgl. *Hans Boldt*, Deutsche Staatslehre im Vormärz (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 56, Düsseldorf 1975); vgl. hierzu neben den in Anm. 26 genannten Artikeln auch: Staat, in: *Encyclopädisches Wörterbuch* (wie Anm. 12), Bd. 21 (Altenburg 1834) 691–693;

⁴³ *Johann Caspar Bluntschli*, Bürgerstand, in: *DSW*, Bd. 2 (1857) 300–307, 304.

⁴⁴ *Brater*, (wie Anm. 25), 57.

⁴⁵ Vgl. dazu nun *Rudolf Boch*, Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857 (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 3, Göttingen 1991), insbes. 40, 43, 181 f., 303, 348. Vgl. zu den Konflikten, aber auch Koalitionen zwischen bürgerlichen und adligen Repräsentanten in den preußischen Provinzialkammern *Herbert Obenaus*, Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, Düsseldorf 1984).

⁴⁶ *David Hansemann*, Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1830 (Denkschrift v. 31.12.1830), in: *Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850*, hrsg. v. *Joseph Hansen*, Bd. I (1830–1845) (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 1, Essen 1919) 11–81, 15. Das folgende Zitat ebd. 19. Vgl. auch *Hansemanns* „Denkschrift über Preußens Lage und Politik“ von 1840, in: ebd., 197–268 und seine Veröffentlichung: *Preußen und Frankreich. Staatswirtschaftlich und politisch unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz* (Leipzig 21834).

tigkeit der Besitzformen basierenden, nach bürgerlichen Leistungskriterien ausgerichteten parlamentarisierten Notabelngesellschaft werden.“⁴⁷

Während der rheinische Wirtschaftsbürger Hansemann die Kritik am alten Adel mit einer noch stärkeren Kritik an der neuen „Beamtenherrschaft“⁴⁸ verband, priesen die Enzyklopädien und Lexika der ersten Jahrhunderthälfte hingegen meist den gebildeten Beamten als den Repräsentanten der neuen nachständischen Elite, der sich der Adel einzufügen habe, wenn er sich in veränderter Gestalt behaupten wolle. „Der Beamtenstand im Ganzen ist Eins mit der Staatsregierung; in ihm ruht die Intelligenz des Staats, welche nicht bloß von den höhern Regionen ausgeht, sondern durch die ganze Stufenfolge der Behörden auf- und niedersteigen soll. In dieser Beziehung und im Dienste selbst muß der Beamtenstand die erste Stelle einnehmen und kann keinen andern Stand über sich haben. Außer dem Dienste und in persönlichen Verhältnissen mag der Adelige einen andern Platz einnehmen als der einzelne Beamte; aber Niemand im Staate darf sich so hoch stellen wollen, daß er nicht der bürgerlichen Ordnung und ihren gesetzlichen Organen gehorchen muß.“⁴⁹

Es gab jedoch auch unter den lexikalischen Zeugen bildungsbürgerlicher Weltsicht markante Gegenbeispiele zu dieser Selbstverherrlichung des Staatsbeamten. Scharf gegen jede Art von Aristokratie – „Geburtsaristokratie“, „Standesaristokratie“, „Aristokratie der Haut“, „Aristokratie des Alters“, „Geldaristokratie“ und „Beamtenaristokratie“ – wandte sich 1840 Meyers „Conversations-Lexikon für die gebildeten Stände“. Die „Beamtenaristokratie“ schätzte es sogar als die „drückendste“ ein, die zur Zeit „auf dem Volke lastet“⁵⁰. Auch der Demokrat Robert Blum setzte in seinem „Staatslexicon für das Volk“ den wahren „Bürger“ nicht nur von den „Vertretern des sogenannten Michelthums“, von dem „Philister, Spießbürger und Pöbel“ ab, sondern ebenso von den „Bedientenseelen“⁵¹.

Wie die meisten Lexikon-Autoren pries auch Welcker ‚Bildung‘ als das zentrale Kriterium für die berufsständische Gliederung der Gesellschaft, mit offenen Übergängen jedoch zum Wirtschaftsbürgertum⁵². Das gilt ebenso für Bluntschli, der aber staatsbezogener dachte als Welcker – wohl ein Ausdruck der Distanz, die er zum aufkommenden Industriekapitalismus seiner Zeit wahrte. Bluntschlis Adelsartikel von 1857 führte gleichwohl die Reformsicht weiter, die während des gesamten Betrachtungszeitraumes die Hauptlinie der bürgerlichen Adelskritik gekennzeichnet hatte:

⁴⁷ *Boch*, (wie Anm. 45), 251.

⁴⁸ *Hansemann*, Preußens Lage und Politik (wie Anm. 46), 20.

⁴⁹ Adel und Bürgertum in der neuesten Zeit, in: *Conversations-Lexikon der Gegenwart*, Bd. 1 (Leipzig 1838) 50–55, 55.

⁵⁰ „Aristokratie“: Meyer's *Conversations-Lexikon* (wie Anm. 21), Abt. 1, Bd. 3 (Hildburghausen 1842) 1059–1064, 1063. Vgl. insbes. „Konstitution, Konstitutionell, Konstitutionalismus“, in: ebd., Abt. 1, Bd. 18 (Hildburghausen 1851) 963–987, 975. „Aristokratie“ ist in aller Regel im Unterschied zu „Adel“ negativ besetzt. Das „*Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk*“, Bd. 1 (Leipzig 1837) definierte „Aristokraten“ im Sprachgebrauch „neuester Zeit“ als diejenigen, „welche dem Zeitgeist nicht huldigen und des Volkes Ansprüche auf Geltung im Staate nicht anerkennen wollten“ (116).

⁵¹ *W. Pretzsch*, Bürger, in: *Volksthümliches Handbuch* (wie Anm. 26), 167–169, 169.

⁵² Vgl. *Schöttle*, (wie Anm. 25), 192 ff.

Der Adel sollte sich reformieren, um Teil einer neuen Elite werden zu können. Die Art dieser Reform hätte jedoch die Grundlagen des alteuropäischen Adels auf Dauer zerstört. Die Reformvorschläge, die Bluntschli in der letzten großen deutschsprachigen bürgerlich-liberalen Enzyklopädie des 19. Jahrhunderts entwarf, unterschieden sich von ihren Vorläufern durch ihre Detailliertheit. Welcker hatte sich 1834 noch damit begnügt, dem Adel zu empfehlen, zum Bürger zu werden: „dankbare Anhänglichkeit für die constitutionelle Freiheit“⁵³, Anschluß an die „heiligsten Nationalinteressen“⁵⁴ und Einfügung in die Staatsbürgergesellschaft, die „jetzt wieder zu jener alten acht deutschen allgemeinen Nobilität aller freien Vollbürger gelangt“⁵⁵ sei – so lauteten seine Empfehlungen für die Selbstauslöschung des Adels durch den Übergang von einem Geburtsstand in eine bürgerliche Bildungs- und Leistungselite.

Bluntschli wollte das Gleiche, arbeitete aber die neue Elitenkonzeption genauer aus. Er unterschied zunächst – auch darin gab es Vorläufer⁵⁶ – zwischen einem „ruhenden“ und einem „aktiven“ Adel⁵⁷. Das erlaubte ihm, auch jenem Teil des Adels, der die Hürden zur neuen Elite noch nicht überwinden konnte, eine gewisse, zeitlich aber begrenzte soziale Exklusivität einzuräumen. Wer es jedoch in „einer oder höchstens zwei Generationen nicht zur Bethätigung d.h. zu wirklichem Adel gebracht haben“⁵⁸ wird, verliert seinen angestammten Erbadel auf Dauer. Der nicht zur adligen Lebensführung fähige Adel, der kleine preußische Junker zum Beispiel, würde also nach höchstens zwei Generationen verschwunden sein. Frauen und Kinder sollten prinzipiell nur dem ruhenden Adel angehören können⁵⁹. Die Möglichkeit, durch eigene Leistung zum aktiven Adel aufzusteigen, billigte er ausschließlich Männern zu. Nur sie rechnete er zu den „tüchtigen Individuen“, denen der „Weg auf die Höhe [...], ohne Unterschied des Geblüts, offen sein“⁶⁰ sollte. Frauen konnten diese Höhe nur durch Heirat erklimmen⁶¹. Die Frau werde durch den Mann geadelt. Die Leistungselite der Zukunft sollte also eine reine Männergesellschaft sein. Dies entsprach dem Gesellschaftsbild des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert⁶².

Um in die neue Elite der „bürgerlichen Gesellschaft“ aufsteigen zu können, sollte erstens eine „Gutherrschaft“ vorhanden sein. Sie allein reichte jedoch nicht, denn Bluntschli wollte den „reichbegüterten Bauern“ ebenso wie den „aufgeblähten Geld-

⁵³ Welcker, (wie Anm. 24), 351.

⁵⁴ Ebd. 354.

⁵⁵ Ebd. 353.

⁵⁶ Vgl. z.B.: Auszug aus des *Johann Georg Krunitz* ökonomisch-technologischer Encyclopädie, Bd. 3 (1787) (wie Anm. 26) 16.

⁵⁷ *Bluntschli*, (wie Anm. 21), 32.

⁵⁸ Ebd. 33.

⁵⁹ Ebd. 39; vgl. 63.

⁶⁰ Ebd. 61.

⁶¹ Vgl. auch *Brater*, (wie Anm. 25), 43 (zum englischen Adel), 49, 51, 55.

⁶² Die Haltung der Liberalen zur Frauenemanzipation ist noch nicht systematisch untersucht worden. Einige Hinweise bei *Langewiesche*, *Liberalismus* (wie Anm. 9), 33 f., 155; *ders.*, *The Nature of German Liberalism*, in: *Modern Germany Reconsidered, 1870–1945*, ed. by *Gordon Martel* (London/New York 1992) 96–116, 107 f.

prozen“⁶³ fernhalten. Deshalb mußte als zweite Bedingung der „Individualadel“⁶⁴ hinzutreten. Damit fügte der Autor zu dem Besitz des Kriterium der Leistung für den Staat hinzu. Denn der Individualadel sollte an eine Tätigkeit „in den obersten Staatsämtern in den Regierungen und Gerichten und in den angesehensten öffentlichen Stellungen“⁶⁵ geknüpft sein. Bluntschli wollte nicht an bestimmte Ämter zwingend die Nobilitierung binden, sondern bestand auf Prüfung des Einzelfalls. Unverzichtbar sei hingegen die Gleichstellung von „Individualadel“ und „Erbadel“. „Der Weg auf die Höhe soll allen tüchtigen Individuen, ohne Unterschied des Geblüts, offen sein; und wenn der niedrig Geborene die Höhe erstiegen hat, so hat er ein Recht, den Hochgeborenen gleich zu sein.“⁶⁶

Welcker hatte in der dritten Auflage des „Staats-Lexikons“ von 1856 seinen umfangreichen Adelsartikel der ersten Auflage aus dem Jahre 1834 weitgehend unverändert erscheinen lassen, fügte aber einen entschiedenen Widerspruch gegen Bluntschlis Konzeption einer adlig-bürgerlichen Elitensymbiose hinzu. Er wandte sich gegen jeden Versuch, die herausgehobene soziale und ökonomische Stellung von Adligen rechtlich zu verfestigen. Denn die nach dem „Kern der historischen altgermanischen Verfassungen“ wiederhergestellte „Vorherrschaft des freien und einheitlichen Staatsbürgerstandes“ habe „für immer den Feudalismus und seine Privatschutzvereine und ihre Rechte, also namentlich die Feudaladelsvorrechte zerstört“⁶⁷. Dies sah, obwohl Welcker es nicht wahrhaben wollte, Bluntschli genauso. Er dachte aber darüber nach, wie derjenige Teil des Adels, der sich als sozial und ökonomisch mächtig behauptet hatte, in eine neue Elite, die auf Grundbesitz und Dienst am Staate beruhen sollte, überführt werden könnte. Diesem Ziel stand auch Welcker trotz seines Widerspruchs nicht fern. Auch er wollte dem Adel alles zugestehen, was sich „von seinen frühern Verhältnissen irgend auf rechtlichem, würdigem Wege erhalten läßt. Dahin gehört der ganze in dem Feudalismus erworbene Güterbesitz“, auch der nur als Lehen verliehene. Zu den überdauernden Gütern des Adels rechnete er außerdem „alle Erinnerungen und freien Schätzungen, die sich an seine historischen Verhältnisse knüpfen mögen, und die ganze so vorteilhafte soziale Stellung, soweit sie mit der neuen staatsbürgerlichen Stellung vereinbar ist“. Nicht einmal „besondere neue politische Vorrechte“ für den Adel wollte Welcker grundsätzlich ausschließen, sofern das „öffentliche Wohl sie fordert und das allgemeine Vertrauen ihnen zur Seite steht“⁶⁸.

Welckers Ideal einer modernen Staatsbürgergesellschaft, die er in altgermanischer Zeit vorgebildet wähnte, ließ nicht nur soziale Hierarchien, sondern auch eine Abstufung der staatsbürgerlichen politischen Rechte zu. Diese Grundhaltung des deutschen (und des europäischen) Frühliberalismus⁶⁹ grenzte einerseits unterbürgerliche Schichten aus dem Kreis der Vollbürger aus, ermöglichte es aber andererseits, die Forderung

⁶³ Bluntschli, (wie Anm. 25), 59.

⁶⁴ Ebd. 61.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ SL (Leipzig 31856) 191.

⁶⁸ Ebd. 192.

⁶⁹ Das ist in der Liberalismusforschung unstrittig. Vgl. Langewiesche, Liberalismus (wie Anm. 9) Kap. I.; Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 6).

nach einer prinzipiell egalitären Staatsbürgergesellschaft mit dem Fortbestand oder der Erneuerung bestimmter Vorrechte für den Adel zu vereinbaren. Dies gilt für Welcker und Bluntschli gleichermaßen. Warum Welcker dennoch dessen Modell eines durch Leistung vererbaren Adels als eine „die gefährlichsten Adelsvorurtheile begünstigende Adelstheorie“⁷⁰ zurückwies, wird man nur vor dem Hintergrund des frühliberalen Gesellschaftsbildes und seines Verfalls nach 1848 erklären können.

Mit seinem Entwurf für eine neue Elite, die aus Besitz und Staatsamt, das allen Gebildeten offenzustehen habe, hervorgehen sollte, erweist sich Bluntschli als ein Voller der bildungsbürgerlichen Adelskritik der Enzyklopädien des späten 18. und 19. Jahrhunderts. Während Lorenz von Stein an der Geschichte Frankreichs die Entstehung einer um das Kapital zentrierten „volkswirtschaftlichen Gesellschaft“⁷¹ herausgearbeitet hatte, dachte Bluntschli noch in den Kategorien einer vorindustriellen Gesellschaft. Für ihn stand die Staatsorganisation im Zentrum. Darauf war auch sein Klassenmodell abgestimmt. An die Spitze stellte er die „regierende Klasse: Fürsten und Beamte, mit obrigkeitlicher Gewalt“. Die Aufgabe der „aristokratischen Klasse“ sah er darin, zwischen dem „Mittelstand“ des „gebildeten und freien Bürgerthums“ und den „Volksklassen des vierten Standes“ – Bauern, „Kleinbürger“ und „die übrigen Arbeiter“ – sowie der „regierenden Klasse“⁷² auszugleichen. Deshalb könnten auch eine „große Nation“ und ein „großer Staat“ auf einen reformierten Adel als einer neuen adlig-bürgerlichen Leistungselite, legitimiert durch Gutsbesitz und Staatsämter, nicht verzichten⁷³. Diese Elite, die er weiterhin Adel nannte, sollte eine eigene „Standschaft“ im parlamentarischen „Rathe der Nation“ erhalten. Damit wollte Bluntschli die „unwiederbringlich“ verlorene „Herrschaft“ des Adels in eine herausgehobene parlamentarische Rolle überführen⁷⁴.

Das „Deutsche Staats-Wörterbuch“ von Bluntschli und Brater stand aber nicht nur am Ende einer Kette von Enzyklopädien, die mit ihrer Adelskritik den bürgerlichen Teilhabeanspruch an der politischen Herrschaft und ihre Vorstellungen von „bürgerlicher Gesellschaft“ auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen versucht hatten. Es stand auch am Ende eines bildungsbürgerlich bestimmten Liberalismus, der zwar den Ausgleich mit den alten politischen und sozialen Führungsmächten suchte – mit den regierenden Fürsten und dem hohen Adel –, aber keine Konzeptionen für eine industriekapitalistische Gesellschaft zu bieten hatte. Dies trifft auf Welcker und Bluntschli gleichermaßen zu. Doch während Welcker noch auf das frühliberale Gesellschaftsbild der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ (Lothar Gall) vertraute, hatte Bluntschli bereits

⁷⁰ SL (wie Anm. 66) 185.

⁷¹ Lorenz von Stein, *Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der französischen Revolution bis zum Jahre 1830*, hrsg. v. Gottfried Salomon (München 1921) (nach der Auflage Leipzig 1850) 452 u.ö. Vgl. auch den in Anm. 49 zitierten Artikel „Konstitution, Konstitutionell, Konstitutionalismus“, dessen diagnostische Kraft weit über die sonstigen Lexikaartikel hinausreicht. Vgl. u. S. 27 f.

⁷² Bluntschli, *Kasten, Stände, Klassen*, in: DSW, Bd. 5 (Stuttgart/ Leipzig 1860) 520–526, 525.

⁷³ Bluntschli, (wie Anm. 25), 62.

⁷⁴ Ebd. 63. Dies gilt alles für den „hohen Adel“, wie er die neue Elite nannte. Daneben kannte er noch einen „niedereren Adel“, in dem das Familienoberhaupt „nicht individuell so hoch empor[frage]“ (ebd.).

das Scheitern dieser Sozialutopie vor Augen. Als Antwort auf den Industriekapitalismus, den die Generation Welckers nur schemenhaft erkennen konnte, entwarf Bluntschli in der industriellen Aufbruchphase der fünfziger Jahre jedoch kein neues, zukunftsweisendes Gesellschaftsmodell. Er suchte vielmehr nach Möglichkeiten, die herausgehobene Gesellschaftsrolle des Bildungsbürgertums, von der ein Frühliberaler wie Welcker noch selbstverständlich ausgegangen war, gegen die heraufkommende industriekapitalistische Gesellschaft zu verteidigen. Deshalb bemühte sich Bluntschli, „das Prozentum, das durch Spekulation reich geworden“⁷⁵, ebenso wie den bloßen Großgrundbesitz von der adlig-bürgerlichen Elite, die er forderte, fernzuhalten. Dies sei nur unter einer Bedingung möglich: Nicht der bloße Reichtum darf den Aufstieg in die neue Elite öffnen, sondern eine Mischung aus adligem Großgrundbesitz und Staatsdienst des Gebildeten, aus Erbadel und Individualadel⁷⁶. Bluntschlis Position läßt die Verunsicherung des Bildungsbürgers erkennen, der eine Gesellschaft emporkommen sah, die ihre Sozialhierarchie nach dem wirtschaftlichen Erfolg ordnen würde. Gegen den Statusverlust, der seiner Sozialgruppe drohte, versuchte er sich mit einer Elite-Konzeption zu wehren, in der die Erfolgreichen aus Erbadel und Bildungsbürgertum zu einem Abwehrbündnis gegen die bloß Reichen zusammengeführt wurden. Den Kitt in dieser adlig-bildungsbürgerlichen Elite sollte der Dienst am Staat stellen. Damit modifizierte Bluntschli die bürgerliche Adelskritik seiner Vorgänger. Deshalb kritisierte ihn Welcker, ohne zu bestreiten, daß Bluntschli „doch nach einer auch die Liberalen versöhnenden“⁷⁷ Adelstheorie strebe.

Sie war zugleich ein Versöhnungsangebot an die Konservativen, für die Herrmann Wagener nur wenige Jahre später, 1859, eine Adelskonzeption entwarf, die trotz aller Kritik an den liberalen Adelsreformern ebenfalls nach einem Bündnis aus Erbadel und Gebildeten strebte. Wie Bluntschli wollte er den Erbadel und den „Adel der Intelligenz“⁷⁸ zu einer neuen Elite als „Gegengewicht gegen die Speculation in's Maßlose und gegen die reine Geldwirthschaft“⁷⁹ zusammenführen. „Die intelligenten Männer und die Gelehrten“ als die „Besitzer des immateriellen Kapitals“ sollten gemeinsam mit der „historische[n] Aristokratie des Adels“ einen „festen Damm gegen diese Macht des Geldes“ bilden, denn „je höher die Geldmacht steigt, desto größer wird das Proletariat, desto lockerer und brüchiger der Gesellschaftsbau, desto näher rückt die Gefahr des Zusammensturzes“⁸⁰. So sehr sich der Liberale Bluntschli und der Konservative Wagener in ihrer Einschätzung des historischen und des zeitgenössischen Adels im einzelnen auch unterschieden, und so sehr letzterer gegen die „historische Unwissenheit und politische Charlatanerie“⁸¹ des Liberalismus polemisierte – beide wandten sich gegen die Industrie als Grundstruktur der Gesellschaft, gegen die Vorherrschaft des „beweglichen Besitzes, des Geldes“ und dessen Bedeutung „für den

⁷⁵ *Bluntschli*, (wie Anm. 25), 60 (Anm.).

⁷⁶ Vgl. ebd. 59f.

⁷⁷ SL, (wie Anm. 66), 185.

⁷⁸ *Wagener*, (wie Anm. 35), 364.

⁷⁹ Ebd. 366.

⁸⁰ Ebd. 365f.

⁸¹ Ebd. 382.

Staat“⁸². Auf „Grundbesitz und auf historischer Continuität des Standes“⁸³, so erkannte Wagener, beruht die Stellung des Adels. Um ihn vor dem Bedeutungsverlust gegenüber den Wirtschaftsmächten der Zukunft zu bewahren, suchte er die Hilfe des „Adels der Intelligenz“, wie umgekehrt Bluntschli dessen Position durch ein Bündnis mit dem grundbesitzenden Adel sichern wollte⁸⁴.

In zwei anderen Punkten stimmten der Liberale und der Konservative ebenfalls überein. Die Kirche als einen traditionellen Hort des Adels thematisierten sie nicht⁸⁵ – diesen Pfeiler des historischen Adels gaben sie also preis –, während sie übereinstimmend die „Nation“ als einen Richtstuhl würdigten, vor dem sich in der Gegenwart jede Gesellschaftsgruppe mit politisch-sozialem Führungsanspruch rechtfertigen müsse⁸⁶. Der Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit durchzog lauernd einen Teil der bürgerlichen Adelskritik, doch offen ausgesprochen wurde er nur selten und dann meist mit dem Blick in die Vergangenheit, verbunden mit der Hoffnung, daß sich künftig auch der Adel als ein zuverlässiger Teil der deutschen Nation erweisen werde⁸⁷. Diese Bewährungsprobe schloß nicht einmal der außergewöhnlich adelskritische Wilhelm Schulz gänzlich aus: „ob für alle Zukunft der wachsende Baum der politischen Erkenntniß die Fürstenkrone in seinem Gipfel tragen wird“, hielt er für fraglich. Doch auf jeden Fall werde das „Gewicht der Höfe“ von den „schärfer wägenden Völkern“ danach bestimmt werden, „in wie weit sie den Geist der Nationen in sich aufzunehmen wissen“⁸⁸. Darin stimmte er mit dem Verteidiger des historischen Adels im „Conversationslexicon für das katholische Deutschland“ überein⁸⁹. Auch am englischen Adel, der dem deutschen meist als Vorbild vorgehalten wurde, würdigte man

⁸² Ebd. 378.

⁸³ Ebd. 383.

⁸⁴ Was Wagener von den preußischen Junkern hielt, läßt der Adelsartikel nicht hinreichend erkennen. Der angekündigte Artikel „Junkerthum“ (ebd. 385) ist nicht erschienen. Wagener meinte, „vom westphälischen Adel aus ließe sich die Reorganisation des Adels wohl vornehmen“. Hingegen hielt er die Struktur des englischen Adels nicht auf die deutschen Verhältnisse übertragbar (356). Vgl. Artikel „Dritter Stand“, ebd. Bd. 6 (Berlin 1861) 515–518, 518. Zu Westfalen vgl. die beste unter den neueren Studien zum deutschen Adel im 19. Jahrhundert: *Heinz Reif, Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 35, Göttingen 1979).

⁸⁵ Das gilt auch für die anderen Adelsartikel, die hier zitiert worden sind. Eine Ausnahme bildet die „Allgemeine Realencyclopädie oder Conversationslexicon für das katholische Deutschland“, hrsg. v. *Wilhelm Binder* Bd. 1 (Regensburg 1846) 121–131 (Artikel „Adel“), 656–661 (Artikel „Aristokratie“); Bd. 5 (1847) 408–412 (Artikel „Hof“). Diese Artikel sind scharf gegen die als verderblich beschriebenen Tendenzen einer gleichheitssüchtigen Gegenwart gerichtet, gegen die nur eine Stabilisierung des Erbadels, verbunden mit dessen „Hinwendung zur Kirche“ (660), helfen könne. Beide beruhten auf der gleichen Grundlage, denn wie in einer aristokratisch geordneten Gesellschaft, zu der auch die Familie zu zählen sei, „geht in der Kirche Alles von oben nach unten, gemäß göttlicher Ordnung“ (658).

⁸⁶ Vgl. *Wagener*, (wie Anm. 35), 378; *Bluntschli*, (wie Anm. 25), 42 f., 58, 62 u.ö.; *Welcker*, (1834) (wie Anm. 24), 341, 353 f. u.ö.

⁸⁷ Vgl. etwa *Welcker*, (1856) 196. Der napoleonische Adel wurde zunächst durchaus positiv gesehen – vgl. etwa: *Conversations-Lexicon oder encyclopädisches Handwörterbuch für gebildete Stände* (1814) (wie Anm. 26) –, während er dann immer stärker abgewertet wurde.

⁸⁸ *Schulz*, (wie Anm. 41), 61.

⁸⁹ „Aristokratie“ (wie Anm. 84) 660.

immer wieder seine Verbundenheit mit den nationalen Interessen.

Der Einsatz für die ‚Nation‘ als Gradmesser für den staatsbürgerlichen Wert gesellschaftlicher Gruppen galt als so selbstverständlich, daß es kaum noch ausdrücklich ausgesprochen werden mußte. Man begnügte sich damit, dem Adel von Zeit zu Zeit diesen Richtstuhl, der – wie die Geschichte lehrte – zur Richtstätte werden konnte, mahnend vor Augen zu führen. Hier fühlten sich die bildungsbürgerlichen Autoren der Enzyklopädien und Lexika auf sicherem Boden, denn das war ihr Metier. Sie sahen sich als die Künder nationaler Interessen⁹⁰. Das gesellschaftliche Fundament, auf dem sie ihre Rolle in der Nation und dem erhofften Nationalstaat begründet sahen, begann dagegen zu zerbrechen, als der moderne Industriekapitalismus neue Schichten hervorbrachte, die den politisch-sozialen Führungsanspruch der Bildungsbürger nicht mehr hinzunehmen schienen. Gegen diese Entwicklung versuchten sich bürgerlich-liberale Adelsreformer wie Bluntschli zu stemmen. Er stand in der Tat am Schluß einer Tradition, die von der gesellschaftlichen Dynamik überholt worden war. Die bürgerliche Adelskritik der Enzyklopädien steht für eine Übergangsepoche zwischen Alteuropa und der Moderne. Mit der Reichsgründungsära ging diese Epoche politisch und ökonomisch zu Ende. Die zitierten Autoren suchten nach Übergängen, die möglichst viel des Überkommenen bewahren sollten. Es gab jedoch auch Lexikonartikel, die das Neue in den Mittelpunkt rückten.

In ungewöhnlich tiefschürfender, traditionskritischer Analyse dachte der Autor des Artikels „Konstitution“ in Meyers „Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände“ von 1851 über den „Stillstand der gegenwärtigen Geschichtsepoche“⁹¹ nach. Das „konstitutionelle System“ sei nicht zukunftsfähig, es bezeichne nur die „Erschöpfung des absolutistischen Princips und zugleich die Impotenz, über dasselbe hinauszugehen“⁹². Die Französische Revolution habe zwar die „Ueberreste des Feudal- und Ständewesens“ zerstört, und andere Staaten, vor allem Preußen, hätten versucht, „von oben herab zu revolutioniren“, um „auf absolutistischem Wege zu den Konsequenzen fortzugehen, welche die Revolution in und mit der Aufhebung der Monarchie gezogen hatte“⁹³. Doch das Ergebnis waren neue Abhängigkeiten. Denn das „Zusammentreffen der Entwicklung der Industrie und des Proletariats, des Gegensatzes der Besitzenden und der Besitzlosen mit der Ausbildung des konstitutionellen Systems“ sei „keineswegs ein zufälliges“. Der ‚Bürgerstand‘ brachte „sich selbst zu politischer Geltung“, im Kampfe gegen die fortgeerbte oder restaurierte Aristokratie der Geburt und des großen Grundbesitzes und im Kampfe gegen und um die Bürokratie“⁹⁴. Der neue „Gesellschaftszustand“⁹⁵, die „Epoche des industriellen Lebens“⁹⁶ ersetze jedoch nur die Herrschaft der Geburtsaristokratie durch die „Kapitalherrschaft“ der „Geldaristo-

⁹⁰ Vgl. *Langewiesche*, Bildungsbürgertum und Liberalismus (wie Anm. 8).

⁹¹ Konstitution, Konstitutionell, Konstitutionalismus, in: Meyer's Conversations-Lexicon. Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände, Abt. 1, Bd. 18 (Hildburghausen 1851) 963–987, 974.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd. 975.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd. 974.

⁹⁶ Ebd. 975.

kratie“. Diese sei an sich eine „keineswegs abgeschlossene Klasse“, und ihre Herrschaft beruhe auf schwankendem Grunde, da ihr „Besitz, weil ein flüssiger, auch ein unsicherer ist“⁹⁷. Um ihrer ökonomisch stets gefährdeten sozialen Position Dauer zu verleihen, versuchten die „Industrieherrn“ „entweder allein, oder mit den großen Grundbesitzern die eigentliche Staatsmacht zu werden“⁹⁸. Diese Aufgabe habe der Konstitutionalismus. Politisch versuche er, die „Masse“ von der Teilhabe am Staat auszuschalten, und ökonomisch ziele er darauf, das „gegenwärtige Verhältnis des Kapitals und der Arbeit“ gegen jede Veränderung zu sichern⁹⁹. Damit sei die Bourgeoisie wie einst der Feudaladel zu einem zähen Bollwerk gegen den „Fortschritt“ geworden, der nur darin bestehen könne, daß man „seine Vergangenheit überwindet“¹⁰⁰. Wie der Adel einst im Feudalismus ein Herrschaftssystem ermöglicht hatte, das ihn heraushob, aber zugleich der Krone unterordnete, so nutze nun die Bourgeoisie den Konstitutionalismus: Sie „regiert und wird regiert“¹⁰¹, sie ordnet sich der Regierung und ihrer Bürokratie unter, um an der politischen Herrschaft teilhaben zu dürfen und die Mehrheit des Volkes davon aussperren zu können.

In diesem Artikel, geschrieben wohl aus der Enttäuschung über den Verlauf der Revolution von 1848/49, wird die Schattenseite von Bluntschlis Elitetheorie sichtbar. Beide suchten nach Wegen, die politische und gesellschaftliche Ordnung der Gegenwart für die Zukunft zu öffnen. Bluntschli empfahl eine staatsfixierte bürgerlich-adlige Elitensymbiose auf vorindustrieller Grundlage, der Autor des „Conversations-Lexicons für die gebildeten Stände“ erstrebte eine soziale Öffnung der Politik mit Blick auf die künftige Industriegesellschaft. Bluntschlis Adelsreform wurde ersetzt durch eine Bourgeoisiereform. Es ging nicht mehr um eine bürgerlich-adlige Elitensymbiose, sondern um das Thema, an dem sich die politische Zukunft des Liberalismus entscheiden sollte: Wie kann bürgerlich-liberale Politik die unterbürgerlichen Schichten an sich binden?

⁹⁷ Ebd. 976.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd. 986. Im Kern stimmt diese Einschätzung mit *Bochs* (wie Anm. 45) Analyse der gesellschaftspolitischen Grundhaltung im rheinischen Wirtschaftsbürgertum spätestens seit der Revolution von 1848/49 überein.

¹⁰⁰ Ebd. 964.

¹⁰¹ Ebd. 985.